

Frankreich vor den Wahlen 2022

RECHTSWENDE
IN FRANKREICH

Gibt es sie wirklich?

Vincent Tiberj
Februar 2022FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Einige Monate vor der Präsidentschaftswahl scheinen die Wahlabsichten in Frankreich eindeutig zu sein. Woche für Woche schaffen es die beliebtesten Kandidierenden der Linken – unabhängig vom beauftragten Meinungsforschungsinstitut – nur mit Mühe über die Zehn-Prozent-Schwelle. Alle Kandidierenden der linken Parteien gemeinsam kommen bei den Wahlintentionen lediglich auf ein Viertel der Stimmen, im besten Fall 30 Prozent. Emmanuel Macron liegt im Vergleich eindeutig an der Spitze und kann auf etwa ein Viertel der prognostizierten Wählerstimmen zählen, während Valérie Pécresse, die Kandidatin der konservativen Partei *Les Républicains*, rund 15 Prozent erreicht. Die rechtsextremen Kandidierenden Marine Le Pen (*Rassemblement National*) und Éric Zemmour (*Réconquête!*) erzielen zusammen einen höheren Wert als alle Linken zusammen. Und was sagen die Medien? Im Frühjahr 2021 zählte die Unsicherheit zu den meistdiskutierten Themen, im Herbst war es die Immigration. Offensichtlich ist in Frankreich also eine Rechtswende eingetreten.

Dabei ist diese Verlagerung zu eher rechten Themen alles andere als selbstverständlich: Es handelt sich auch um einen Wunsch von Politiker*innen, Intellektuellen und Medienvertreter*innen, die ein großes Interesse an ihr haben. Zwar gibt es Anzeichen für eine Rechtswende, aber bestimmte Indikatoren weisen in eine ganz andere Richtung, insbesondere wenn es um die Umverteilungswünsche bezüglich Sozialleistungen und anderer Maßnahmen für eine gerechtere Gesellschaft oder die Toleranz gegenüber einer vielfältigeren Bevölkerung geht. Es scheint, als würden sich die Bürger*innen im politischen Angebot nicht wiederfinden, wovon die Rechte und die extreme Rechte offensichtlich weniger betroffen sind als die Linke. Was man als Rechtswende bezeichnet, ist also eher darauf zurückzuführen, dass die Rechte zwar auch geschwächt ist, aber weniger als die Linke – sie ist sozusagen die letzte Überlebende.

UMFRAGEN UND RECHTSWENDE

Umfragen haben zwischen 2021 und 2022 enorm an Bedeutung gewonnen – so erinnern Wahlkampagnen immer stärker an Pferderennen. Das ist zwar weder neu noch typisch französisch, aber die Zahl der Umfragen in Bezug auf die Präsidentschaftswahl nimmt ständig zu: Dem französischen Wahlausschuss (*Commission des Sondages*) zufolge stieg sie von 193 im Jahr 2002 auf 293 im Jahr 2007 und 409 im Jahr 2012, bis sie 2017 schließlich 560 erreichte.¹ Dieser Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass durch die Verallgemeinerung von Umfragen im Internet die Durchführung immer kostengünstiger und weniger zeitintensiv wurde. Bei dieser Methode der Meinungsforschung sind allerdings mehrere Faktoren zu berücksichtigen: Ein großes Problem ist, dass man nicht weiß, wer antwortet. Zudem scheinen die im Internet mobilisierten Befragten eher dem rechten Spektrum zugeneigt zu sein.

Oft wird behauptet, dass Online-Umfragen die Meinung objektiver messen würden, besonders wenn diese zugunsten der Rechtsextremen ausfällt. Da die Befragten keinen Interviewern gegenüber sitzen, brauchen sie auch nicht auf »politische Korrektheit« zu achten. So erinnern die Meinungsforschungsinstitute daran, dass sie bei solchen Umfragen keine »Korrektur« zugunsten der rechtsextremen Partei *Rassemblement National* vorzunehmen brauchen, im Gegensatz zu telefonischen oder persönlichen Befragungen. In Wirklichkeit scheinen Online-Umfragen die rechten und rechtsextremen Parteien aber zu überschätzen, wie bei den Umfragen zu den französischen Regionalwahlen 2021 deutlich wurde. So wurden die zugunsten des *Rassemblement National* abgegebenen Stimmen um mindestens vier Prozentpunkte zu hoch eingeschätzt, in vier Regionen sogar um neun Prozentpunkte und mehr. Darü-

¹ Aubin, Marie-Ève / Guyomar, Mattias (2017): *La commission des sondages face aux élections présidentielles et législatives de 2017*, vom französischen Wahlausschuss am 20. Dezember 2017 diskutierter und verabschiedeter Bericht, <https://www.commission-des-sondages.fr/hist/pdf/rapport-2017-final.pdf>.

ber hinaus ist festzustellen, dass Rechte und Rechtsextreme online überbewertet werden, wenn man gleichzeitig auch persönliche Umfragen durchführt, wiez. B. beim jährlichen Barometer der *Commission nationale consultative des droits de l'homme* (CNCDDH, Nationale beratende Kommission für Menschenrechte). Man könnte daraus zwar gleichermaßen schließen, dass die Stimmen für Rechte und Rechtsextreme bei persönlichen Umfragen unterschätzt werden, woran die systematische Verzerrung, die bei den Regionalwahlen beobachtet wurde, allerdings zweifeln lässt. Bisher existiert in Frankreich keine methodologische Untersuchung zu dieser Frage, und multimodale Umfragen sind bei den Meinungsforschungsinstituten nicht besonders beliebt.

Darüber hinaus muss ein zweiter Aspekt berücksichtigt werden, der dazu führt, dass in den Umfragen rechte Parteien besser abschneiden: Im Allgemeinen werden vor allem diejenigen Personen zu ihren Wahlabsichten befragt, die sich bereits sicher sind, dass sie zur Wahl gehen werden. Diese Gruppe ist jedoch politisch und sozial nicht neutral, da ältere Bevölkerungsgruppen und Personen mit höherem sozialem Status hier überrepräsentiert sind. Die Wahlabsichten, die in Meinungsumfragen gemessen werden, bilden daher vor allem einen Teil der französischen Gesellschaft ab – und dieser Teil ist eher rechtsorientiert. Das zeigt Antoine Bristielle mit seiner Analyse des Zusammenhangs zwischen der politischen Wahlabsicht und der Absicht, tatsächlich an der Wahl teilzunehmen.² So sind sich 66 Prozent der Wählenden, die sich dem rechten Spektrum zuordnen, sicher, dass sie wählen gehen werden, während sich 21 Prozent »wahrscheinlich« oder »mit Sicherheit« nicht an der Wahl beteiligen. Bei den Linken betragen diese Anteile 57 bzw. 32 Prozent. Würden bei den Umfragen mehr Personen berücksichtigt, die noch unsicher sind, ob sie zur Wahl gehen werden, würden dies voraussichtlich auch zu einem anderen Bild bei den Wahlabsichten führen und diese bzw. stärker zugunsten der Linken ausfallen. Anhand der Wahlabsichten ist derzeit also eine starke Orientierung nach rechts zu beobachten, wobei dafür allerdings zwei begünstigende Voraussetzungen vorliegen: die Befragungen erfolgen über das Internet und linke Wähler*innen sind weniger mobilisiert bzw. entschlossen, zur Wahl zu gehen.

GUT SITUIERTE, ERGRAUTE WÄHLENDE

Die derzeit beobachtbaren Wahlabsichten erinnern durchaus an die Struktur der Wählenden bei den Kommunalwahlen. In zahlreichen Kommentaren werden als Beleg für die Rechtswende die Ergebnisse der Wahlen von 2020 und 2021 herangezogen: In 61 Prozent der Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohner*innen siegten Parteien des rechten Spektrums, ebenso in mehr als zwei Dritteln der Départements und sieben der zwölf Regio-

2 Bristielle, Antoine (2021): *Abstention et potentiel électoral des candidats à la présidentielle*, Publikation der Fondation Jean Jaurès, 24. November 2021, <https://www.jean-jaures.org/publication/abstention-et-potentiel-electoral-des-candidats-a-la-presidentielle/>.

nen in Metropolitan-Frankreich. Das sind unumstrittene Tatsachen – umstrittener ist, ob sie als Basis für eine Verallgemeinerung dienen können.

Sind die Wählenden in Frankreich repräsentativ für alle Wahlberechtigten? In der Politikwissenschaft ist das eine uralte Debatte, die umso relevanter wird, je stärker die Wahlbeteiligung abnimmt. Die Bevölkerungsgruppen, welche die »Mehrheit der Gesellschaft« bilden, entwickeln sich tatsächlich zu einer »Minderheit unter den Wähler*innen«.³ Arbeiter*innen machen nur noch zwölf Prozent der französischen Bevölkerung und 19 Prozent der Erwerbstätigen aus; Angestellte 12,5 bzw. 20,5 Prozent. Betrachtet man allerdings die Ergebnisse der Umfrage *Jour du vote* (Wahltag) des Meinungsforschungsinstituts Opinion Way vom Juni 2021⁴ und ermittelt die soziale Zusammensetzung der Wählenden, beträgt der Anteil der Arbeiter*innen nur noch acht Prozent und die der Angestellten neun Prozent. Die einzigen Gruppen, deren Anteil an den Wählenden zugenommen hat, sind höhere Angestellte, deren Gewicht von 14 auf 17 Prozent stieg, und Rentner*innen mit einer Zunahme von 32,5 auf 36,5 Prozent.

Die Wählenden von 2021, unter denen die gehobenen Schichten überrepräsentiert waren, gehören auch zu den »ergrauten«: Die verschiedenen Umfragen der Meinungsforschungsinstitute lassen darauf schließen, dass der Anteil der über 65-Jährigen an den Wählenden 1,3- bis 1,5-mal so hoch war wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, während der Anteil der unter 35-Jährigen an den Wählenden nur das 0,5- bis 0,8-fache ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung betrug. Natürlich sind Wertvorstellungen, Prioritäten und sozialer Hintergrund der Nichtwählenden verschieden. Wäre die Wahlbeteiligung höher, würden einige von ihnen links wählen, andere hingegen die rechtsextreme Partei *Rassemblement National*. Sicher ist jedoch, dass das Gesellschafts- und Generationenprofil derjenigen, die in Frankreich im Jahr 2021 zur Urne gegangen sind – und offensichtlich bereit sind, das auch 2022 zu tun –, nach rechts tendiert und nicht unbedingt dieselben Prioritäten aufweist wie die schweigsamen Bürger*innen.

RECHTSWENDE BEI DEN WERTEN?

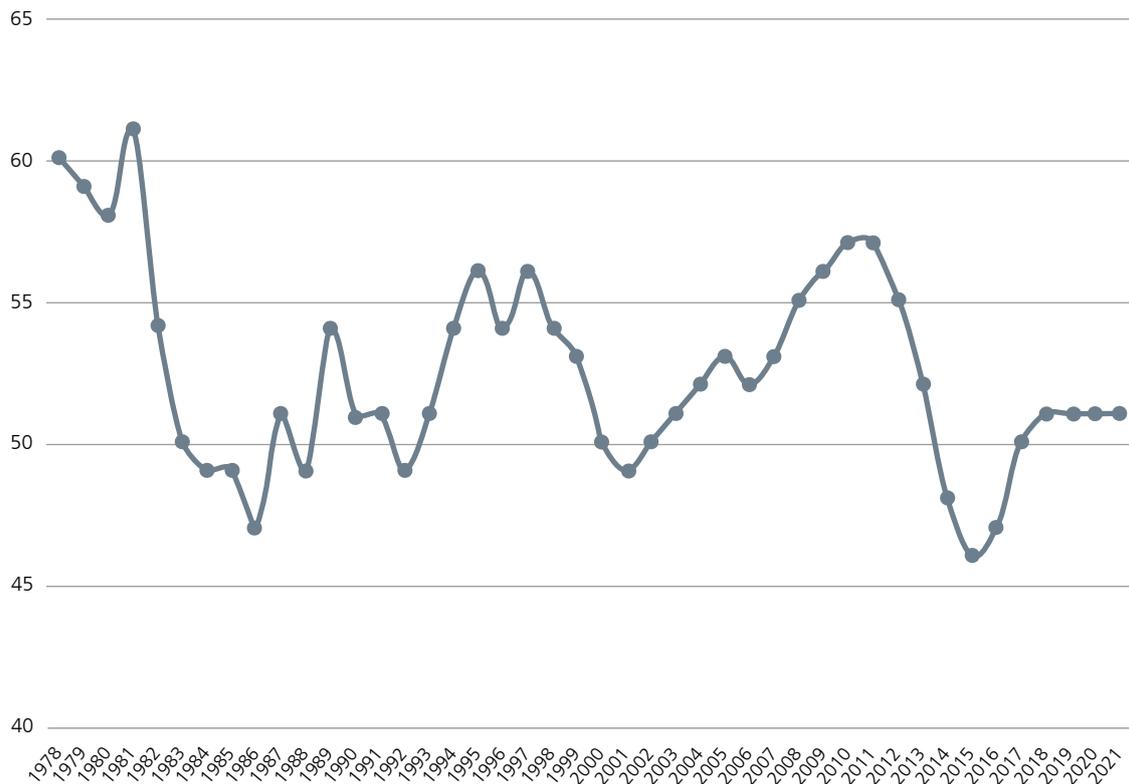
Haben sich – von den Wahlen abgesehen – die Werte der Französisinnen und Franzosen wirklich nach rechts verlagert? Zunächst ist zu bedenken, dass die Medien sich nicht für die Ergebnisse aller in den letzten Monaten durchgeführten Meinungsumfragen interessieren. In der Umfrage *Fractures Françaises* von 2021⁵ bereitet die Kriminalität 42 Prozent

3 Braconnier, Céline / Dormagen, Jean-Yves (2007): *La démocratie de l'abstention*, Paris, Gallimard.

4 <https://www.opinion-way.com/fr/sondage-d-opinion/sondages-publies/politique/elections-regionales-2021.html>

5 Ipsos (2021): *Fractures françaises (Bruchlinien in Frankreich), 2016–2021: un climat pré-présidentielle différent ?*, <https://www.ipsos.com/fr-fr/fractures-francaises-2016-2021-un-climat-pre-presidentielle-different>.

Abbildung 1:
Index der sozialen Präferenzen (1978–2021)



Hinweis: Der Index reicht von 0 bis 100. Je höher er ist, desto stärker ist der Wunsch nach dem Wohlergehen der anderen. 0 würde bedeuten, dass alle Befragten auf sämtliche während eines Jahres gestellten Fragen eine »liberale« Antwort gegeben hätten, und 100, dass alle eine »soziale« Antwort gegeben hätten.

der Befragten Sorgen und die Immigration 34 Prozent; diese Themen werden in der Mediendebatte bevorzugt behandelt. Doch wie steht es um die Befragten, die sich um die Zukunft des Sozialsystems sorgen (46 %), um Umweltschutz (41 %) oder die Kaufkraft (40 %)?

Darüber hinaus kann nur von einer Rechtswende gesprochen werden, wenn man einen diachronen Ansatz zugrunde legt. Es muss ein Vorher und ein Nachher geben, und es muss eine Entwicklung zu verzeichnen sein. Der Politologe James Stimson hat eine Methode entwickelt, mit der man die Veränderung von Meinungen im Laufe der Zeit detailliert messen kann.⁶ Für Frankreich haben James Stimson, Cyrille Thiébaud und ich selbst Daten gesammelt, mit deren Hilfe wir einen Index der sozialen Präferenzen erstellen können.⁷ Dieser ergibt sich aus sämtlichen Frage- serien, die sich auf die Umverteilungswünsche, die Steuern und den Umfang der Staatsleistungen im Zeitraum zwischen 1978 und 2021 beziehen. Des Weiteren habe ich auf der Basis des *Baromètre Racisme* (Rassismus-Barometer) der *Commission Nationale Consultative des Droits de l'Homme*

einen Toleranzindex erarbeitet,⁸ der die Fragen in Bezug auf Immigration, Fremdenfeindlichkeit und Haltung gegenüber Minderheiten im Zeitraum von 1990 bis 2019 umfasst.

Zunächst ist festzustellen, dass die Werte sich verändern, was von den sozialen Präferenzen in einem Land nicht unbedingt zu erwarten wäre. Darüber hinaus kann man nur schwer zu dem Schluss kommen, dass Wirtschaftsliberalismus zunehmend bereitwilliger akzeptiert wird. Wäre dies der Fall, hätten die Werte des Index allmählich zurückgehen müssen, seine Entwicklung ist jedoch eher zyklisch. In dieser Hinsicht verhält es sich in Frankreich genau wie in den USA, Großbritannien und Kanada:⁹ Ist eine rechte oder konservative Regierung an der Macht, nimmt der Wunsch nach Umverteilung zu, während bei einer linken Mehrheit der Wunsch nach Liberalismus größer wird.

Während der Amtszeit von Emmanuel Macron ist zunächst eine Zunahme der Umverteilungswünsche um vier Prozentpunkte in zwei Jahren festzustellen – eine bei einer liberalen Regierung typische Entwicklung –, bevor

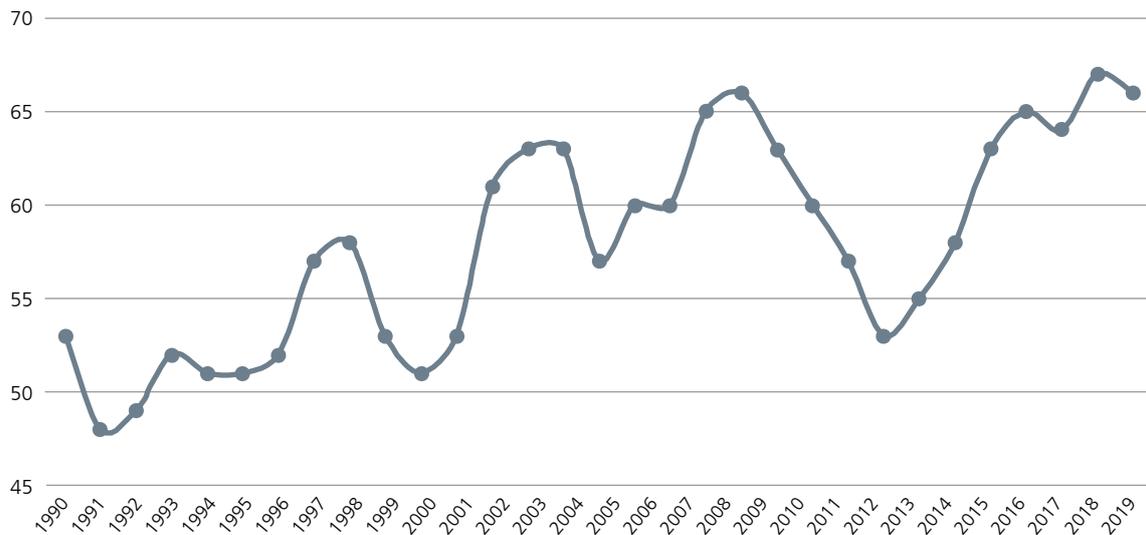
6 Stimson, James A. (2018): »The Dyad ratios algorithm for estimating latent public opinion: estimation, testing, and comparison to other approaches«, in: *Bulletin of Sociological Methodology / Bulletin de Méthodologie Sociologique* 137.1, S. 201–218.

7 Stimson, James A. / Thiébaud, Cyrille / Tiberj, Vincent (2012): »The evolution of policy attitudes in France«, in: *European Union Politics* 13.2, S. 293–316.

8 Tiberj, Vincent (2019): »Le racisme est-il une affaire du passé ?«, in: *Hommes et Liberté*, Nr. 186, S. 9–11, <https://www.ldh-france.org/wp-content/uploads/2019/07/HL186-Actualit%C3%A9-1.-Le-racisme-est-il-une-affaire-de-pass%C3%A9.pdf>.

9 Wlezien, Christopher (1995): »The public as thermostat: Dynamics of preferences for spending«, in: *American journal of political science*, S. 981–1000.

Abbildung 2:
Toleranzindex (1990 – Nov. 2019)



es zu einer anhaltenden Stabilisierung gekommen ist. Die Gesundheitskrise ist hierfür sicher mitverantwortlich, insbesondere die berühmt gewordene »Koste-es-was-es-wolle-Strategie«¹⁰, doch lässt sich dieses Gleichgewicht auch durch Spannungen innerhalb der Wählerschaft bezüglich der Umverteilungsfragen erklären. Betrachtet man die Datenserien im Einzelnen, ist festzustellen, dass der Wunsch nach staatlichen Maßnahmen für Unternehmen und den privaten Sektor sowie im Zusammenhang mit Abgaben und Steuern geringer geworden ist. Gleichzeitig ist den französischen Bürger*innen das Schicksal der Ärmsten und von Menschen in prekären Situationen aber weiterhin wichtig.¹¹ Insofern lässt sich aus diesem Index nicht schlussfolgern, dass in Bezug auf soziale Maßnahmen eine Verlagerung zu rechten Positionen festzustellen ist. Im besten Fall lässt sich von einer Ambivalenz und Polarisierung der Meinungen sprechen.

Im Unterschied zum ersten Index zeigt der Toleranzindex keine mittelfristige Tendenz hin zur Vielfalt. Anfang der 1990er-Jahre lag der Index bei etwa 50, während er Ende der 2010er-Jahre bei ca. 65 lag. Diese Entwicklung lässt sich durch drei Mechanismen erklären: Erstens geht eine Verbesserung des Bildungsstands der Bevölkerung immer mit einem Rückgang von Rassismus und Fremdenhass einher; zweitens ist der Generationenwandel der Toleranz zuträglich,¹³ weil die scheidenden Generationen, die in der Regel die konservativeren sind, durch offenere Kohorten ersetzt werden; und drittens weil auch die heute lebenden Generationen inzwischen toleranter sind als sie es in den

1990er-Jahren: Man wird mit zunehmendem Alter nicht fremdenfeindlicher.

Neben diesem Trend zu erhöhter Toleranz gibt es Schwankungen, die der amtierenden Regierung zuzuschreiben sind: Bei einer konservativen Regierung geht das Pendel zu mehr Toleranz einher, bei einer linken Mehrheit hingegen zu mehr Vorbehalten. So erklärt sich die Zunahme der Toleranz während der Amtszeiten von Chirac und Sarkozy sowie ihr Rückgang unter Hollande. Zudem wird der Toleranzindex auch durch einzelne Ereignisse beeinflusst, z. B. die Vorstadt-Unruhen in Frankreich im Jahr 2005. Daher war zu befürchten, dass die Terroranschläge von 2015/2016 zu erhöhter Intoleranz führen würden. Dies war jedoch nicht der Fall, da durch die Antworten der politisch Verantwortlichen auf die Anschläge verhindert werden konnte, dass die muslimische Gemeinschaft in Frankreich mit radikalen Islamisten gleichgesetzt wurde.¹³

Der Toleranzindex wurde im November 2019 ausgesetzt, weil persönliche Befragungen aufgrund der Corona-Pandemie nicht länger möglich waren. Die Fremdenfeindlichkeit könnte seitdem also wieder zugenommen haben. Im Februar/März 2021 konnte die Umfrage zum Barometer der CNCDH allerdings online durchgeführt werden. Sie zeigt bei allen Indikatoren einen Rückgang der Fremdenfeindlichkeit im Vergleich zu 2019.

¹⁰ Gemeint ist die unter dem Motto »Quoi qu'il coûte« bekannte Strategie der französischen Regierung, mit massiven staatlichen Interventionen auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Covid-19-Pandemie zu reagieren.

¹¹ 2020 wünschten sich 60 Prozent der Befragten eine Erhöhung des Mindesteinkommens (RSA), während es 18 Prozent senken wollten. Eine Mehrheit der Befragten ist jedoch der Meinung, dass der Staat den Unternehmen mehr Freiheiten gewähren sollte.

¹² Tiberj, Vincent (2020): »The wind of change – Face au racisme, le renouvellement générationnel«, in: *Esprit*, November 2020, <https://esprit.presse.fr/article/vincent-tiberj/the-wind-of-change-43023>.

¹³ Bousaguet, Laurie et al. (2020): *Le pouvoir et l'opinion publique face aux attentats de 2015*, Studie des Lehrstuhls für Staatsbürgerschaft, Sciences Po Saint Germain-en-Laye, <https://hal-sciencespo.archives-ouvertes.fr/hal-03054103>.

IST DIE RECHTE WIRKLICH DIE LETZTE ÜBERLEBENDE?

Die Behauptung, dass rechte Einstellungen in den letzten Jahren zugenommen haben, lässt sich also nur schwer begründen. Man kann bestenfalls feststellen, dass ihre Verbreitung im Vergleich zu 2017 unverändert geblieben ist. Im Vergleich zum Tiefpunkt, den die sozialen und kulturellen Werte der Linken in den Jahren 2014/2015 erreichten, stellt sich die Situation für dieses politische Lager heute wesentlich günstiger dar, auch wenn wir von den Höchstwerten im Jahr 2011, vor der Wahl von Nicolas Sarkozy, weit entfernt sind. Warum wird dies aber nicht in den Wahlabsichten deutlich? Natürlich lassen sich die Meinungsumfragen kritisieren, aber die Erklärung liegt vor allem in der beispiellosen Distanz zwischen Bürger*innen und politischem Angebot. Die politische Vertrauenskrise ist bereits seit den 1980er-Jahren ein viel diskutiertes Phänomen. In den 2010er-Jahren hat sie jedoch ein neues Niveau von einem besorgniserregenden Ausmaß erreicht, dessen weitere Entwicklung aufmerksam beobachtet werden muss.

Diese wachsende Distanz zur Politik wird nicht zuletzt dann sichtbar, wenn man das Profil der Befragten analysiert, die sich weder als Linke noch als Rechte definieren. Der Anteil dieser Personen hat seit Ende der 1990er-Jahre ständig zugenommen: Er stieg von 32,5 Prozent im Jahr 1997 auf 40 Prozent im Jahr 2012 und liegt seit 2017 bei 47 Prozent. Dabei sollte man vor allem die Art der Antworten beachten: In den ersten Jahrzehnten der Fünften Republik (seit 1958) gab es neben denjenigen, die mit den Linken oder den Rechten sympathisierten, nur einige wenige Anhänger*innen der politischen Mitte – vor allem Bürger*innen, die sich politisch nicht einordnen konnten. Diese Zusammensetzung dieser Gruppe hat sich in den Jahren zwischen 2010 und 2020 verändert: Im Jahr 2012 ließen sich 26 Prozent der leitenden Angestellten und Vertreter*innen höherer intellektueller Berufe weder den Rechten noch den Linken zuordnen; im Jahr 2017 waren es bereits 36 Prozent. Unter ihnen finden sich auch Vertreter*innen des Arbeitermilieus, die sich zuvor eher dem linken Spektrum zuordnen ließen: 2012 bezeichneten sich noch 36 Prozent der Arbeiter*innen als linksorientiert, während sich bereits 39 Prozent der politischen Mitte zuordnen ließen. Im Jahr 2017 und später sympathisierten nur noch 26 Prozent mit der Linken, während sich 53 Prozent weder im linken noch im rechten Spektrum einordnen ließen. Der Anteil der Arbeiter*innen, die sich zum rechten Spektrum zugehörig fühlten, blieb hingegen unverändert. Bei den Angestellten ist ein ähnliches Phänomen zu verzeichnen. Könnte das daran liegen, dass die Begriffe »Linke« und »Rechte« sich auf eine alte Welt beziehen, die heute durch neue politische Akteure und Bewegungen ersetzt wird – Emmanuel Macron und *La République en Marche*, Marine Le Pen und das *Rassemblement National*, Jean-Luc Mélenchon und *La France Insoumise*?

Anlässlich der Barometer-Umfrage der CNCDDH im Jahr 2019 erklärte ein Drittel der Befragten, sich weder der Linken noch der Rechten zugehörig zu fühlen – das sind

20 Prozentpunkte mehr als in den 2000er-Jahren. Je jünger eine Kohorte, desto stärker ist sie von diesem Phänomen betroffen. Bei den »Boomern«¹⁴ liegt der Anteil derjenigen, die sich nicht in diese Kategorien einordnen lassen, bei 30 Prozent; bei denjenigen, die nach dem Babyboom geboren sind, sowie den Millennials hingegen bei mindestens 36 Prozent. Auch den Parteien kommt lediglich eine geringe Unterstützung zu: Nur 9,5 Prozent der Befragten erklärten, Macrons *La République en Marche* nahestehen, was deutlich zeigt, wie es wirklich um die Beliebtheit des französischen Präsidenten bestellt ist. Die französischen Grünen (13 %), die sozialistische Partei und die rechtsextreme *Rassemblement National* (jeweils 10 %) schneiden allerdings nur wenig besser ab. Die Frage nach der Zuordnung zur Linken oder Rechten lässt uns dennoch besser verstehen, warum die Rechte angesichts der erwähnten Distanz zwischen Bürger*innen und politischem Angebot letztlich besser abschneidet als die Linke. Wie in vielen anderen Umfragen wird auch hier deutlich, dass es die eher konservativen älteren Generationen sind, die am häufigsten und regelmäßigsten zur Wahl gehen.

ERSTE SCHLUSSFOLGERUNG

Warum ist also der Eindruck entstanden, dass sich in Frankreich eine Rechtswende vollzieht? Hier müssen drei Erklärungen berücksichtigt werden: Zum einen sollten die Methoden der Meinungserhebung überdacht werden, da zwischen den Ergebnissen der Umfragen große Unterschiede bestehen. Zum anderen mag die Wahrnehmung einer Rechtswende in der französischen Gesellschaft zwar das Ergebnis einer selektiven öffentlichen Debatte sowie der zur Verfügung stehenden Informationen sein, jedoch gibt es durchaus Unterschiede bei der Demobilisierung der Wähler*innen: Rechte, Rechtsextreme und Mitglieder von *La République en Marche* haben zwar unter der Entfremdung der Bürger*innen von der Politik auch zu leiden, besonders im Arbeitermilieu und bei den jüngeren Wähler*innen. Die Linke ist jedoch noch stärker betroffen. Sollte die Wahlbeteiligung bei der nächsten Präsidentschaftswahl gering ausfallen, würden diejenigen, die zur Urne gehen, nicht die politische Wirklichkeit im Land widerspiegeln. Je weniger Bürger*innen sich an der Wahl beteiligen, desto zuträglicher wäre dies für die Mitte-rechts-Partei *Les Républicains* sowie möglicherweise auch für den rechtsextremen Kandidaten Éric Zemmour, und umso weniger werden das Arbeitermilieu und die junge Generation vertreten sein.

Schließlich ist auf die öffentliche Debatte in den Medien zu verweisen, in der eindeutig eine Rechtswende wahrzunehmen ist. Frédérique Matonti¹⁵ hat detailliert untersucht, wie durch die »Foxyisierung« der privaten französischen Nachrichtensender, insbesondere *Cnews*, eine Reihe neuer

¹⁴ Gemeint ist die Generation der zwischen 1945 und den 1960er Jahren Geborenen.

¹⁵ Matonti, Frédérique (2021): *Comment sommes-nous devenus réacs?*, Paris, Fayard.

Protagonisten der Rechten zu Wort kommen, die sowohl die Wahl der Themen als auch die Art, wie diese behandelt werden, beeinflussen können. Das unerwartete Auftreten von Éric Zemmour in der Wahlkampagne ist hierfür ein bedrohtes Beispiel. Er erzielt in den Umfragen besonders hohe Werte, was wohl auch daran liegt, dass er über eine auffallend gute und vor allem unangefochtene Medienpräsenz verfügt. Schaut man sich die Daten zur Redezeit in den Medien an, die der *Conseil supérieur de l'audiovisuel* (CSA, Hoher Rat für audiovisuelle Medien) in Frankreich zur Verfügung stellt, wird deutlich, dass der private Fernsehsender BFM im Oktober 2021 26,5 Prozent der Sendezeit die er den Präsidentschaftskandidaten zur Verfügung stellt an Éric Zemmour vergab und 20,5 Prozent an Marine Le Pen, während die Linken Jean-Luc Mélenchon, Yannick Jadot und Anne Hidalgo zusammen nur 19 Prozent der Sendezeit erhielten. Auf *Cnews* ist das Ungleichgewicht noch stärker: 51 Prozent für Éric Zemmour, 13 Prozent für Marine Le Pen und zwölf Prozent für die drei wichtigsten Links-Kandidierenden. Die Rechtswende der französischen Gesellschaft mag zwar gegenwärtig eine optische Täuschung sein, aber wenn wir nicht aufpassen, könnte sie durchaus zur Realität werden.

Diese Publikation ist eine angepasste Version eines Artikels des Autors, der in französischer Sprache im Januar/Februar 2022 auf der Website der Zeitschrift *Esprit* erschienen ist: <https://esprit.presse.fr/article/vincent-tiberj/a-force-d-y-croire-la-france-s-est-elle-droitisee-43763>

Übersetzung: *Voxeurop*

AUTOR

Vincent Tiberj, Professor an der Universität Bordeaux und Forscher am Centre Émile Durkheim

KONTAKT

Fondation Friedrich-Ebert

41 bis, bd. de la Tour-Maubourg 75007 | Paris | France

Tel. +33 (0)1 45 55 09 96

Fax: +33 (0)1 45 55 85 62

<https://paris.fes.de>

fes@fesparis.org

Weitere Publikationen des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung:

Peltier, Jérémie

Müde Gesellschaft

Ein psychisches und politisches Porträt

(Frankreich vor den Wahlen 2022)

Paris, Februar 2022

Lefebvre, Maxime

Europäische Souveränität: Kommentar zu den Ergebnissen der Umfrage in Frankreich

Berlin, 2022

Europäische Souveränität

Analysen zu einer Umfrage

Paris, Juli 2021

Andolfatto, Dominique

Gewerkschaften und sozialer Dialog

Frankreichs Erfahrungen während der Pandemie

Paris, Juni 2021

Maaß, Gero

Rolle vorwärts nach Corona

Können die europäischen Wiederaufbauprogramme in eine Fortschrittskultur münden?

Paris, 2021

Kollektiv OPD2020

Deliberative Demokratie und Ökologie

Eine Bestandsaufnahme des französischen

Bürger_innenkonvents zum Klimaschutz

Paris, April 2021

Schreiber, Benjamin

Gewerkschaftsmonitor Frankreich

Paris, März 2021

Caroline Roussy

Frankreich im Sahel

Warten auf die Europäische Union?

Paris, März 2021

Stern, Verena

Die Profiteure der Angst? Europa

Rechtspopulismus und die COVID-19-

Krise in Europa ; Ein Überblick

Berlin, 2021

IPSOS-Studie für die Jean-Jaurès-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung

Europäische Souveränität: Fokus Frankreich

Paris, Februar 2021

Nicolas Leron

Regionale Ungleichheit in Frankreich

Debatten und politische Empfehlungen

Paris, Januar 2021

Bruno Ducoudré, Mathieu Plane, Raul Sampognaro und Xavier Timbeau

Frankreichs Recovery-Strategie

Auf dem Weg in eine klimaneutrale

und digitale Zukunft?

Borgnäs, Kajsa; Kellermann, Christian

Deutschlands Recovery-Strategie

Auf dem Weg in eine klimaneutrale

und digitale Zukunft?

Hadrien Clouet und Catherine Vincent

Home Office in Frankreich

Erfahrungen während der Pandemie

Paris, November 2020

Camus, Jean-Yves

Die Profiteure der Angst? Frankreich

Paris, November 2020

Simon, Edouard

Die deutsch-französischen Beziehungen

Eine Wiederbelebung in schwierigen Zeiten

Paris, November 2020

Finchelstein, Gilles

Sozial-ökologischer Block in Frankreich

Neue Perspektiven für die Präsidentschaftswahl

Paris, Oktober 2020

Maulny, Jean-Pierre

Nach dem Brexit

Europäische Sicherheitspolitik aus

französischer Perspektive

Paris, September 2020